

Luzerner Tagblatt

Scharfe Worte gegen Araber im Nationalrat «Gegenpapst» im Kt. Luzern Britischer «Einmarsch» in Anguilla?

3
7
LM

Kein Verzicht Jordaniens auf Jerusalem

König Hussein spricht von syrisch-irakisch-jordanischer Übereinstimmung

Kairo, 18. März. ag. (AFP) König Hussein von Jordanien erklärte in einem Interview mit «Al Ahras», Jordanien werde einer Internationalisierung Jerusalems nicht zustimmen.

«Wir werden sterben, aber wir werden Jerusalem nicht aufgeben, und wir sind bereit, dafür jedes Opfer zu bringen».

Hussein vertrat sodann die Ansicht, die Ostfront sei nun konsolidiert, namentlich seitdem irakische Streitkräfte in Syrien stationiert worden seien. Zwischen Irak, Syrien und Jordanien bestehe auf militärischer Ebene «vollkommene Verständigung».

Der König betonte sodann, daß «die palästinensischen Kommandos die besetzten Gebiete nicht allein befreien können und daß die Widerstandsbewegungen von den arabischen Staaten vermehrt unterstützt werden müßten. Hussein unterstrich, daß die Haltung Israels den Weltfrieden bedrohe. Er sprach sich für eine arabische Gipfelkonferenz aus, um neue Ziele festzusetzen.

Noch kein Termin für Viermächtekonferenz

New York, 17. März. ag. (R) Der amerikanische Uno-Delegierte Yost erklärte, es sei «viel wertvolle Arbeit» in bilateralen Gesprächen zwischen Vertretern der USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich im Hinblick auf eine Viermächtekonferenz über den Nahen Osten geleistet worden. Yost warnte indessen vor übermäßigem Optimismus. Das Problem sei derart komplex, daß für die nächste Zeit nicht mit

einem wesentlichen Fortschritt gerechnet werden könne. Yost lehnte es ab, sich darüber zu äußern, wann eine Viermächtekonferenz zu erwarten sei, und dementierte indirekt die inoffizielle Voraussetzung U Thants, daß die Gespräche noch diese Woche beginnen würden.

Wieder Schüsse am Suezkanal

Kairo, 18. März. ag. (AFP) Am Dienstag, 8.20 Uhr Ortszeit, ereignete sich am Suezkanal, südlich der Bitterseen, ein neuer Zwischenfall, als (nach ägyptischen Angaben) israelische Geschütze 40 Minuten lang Stellungen auf der anderen Kanalseite beschossen. Wie aus Kairo verlautete, hat der israelische Artillerieangriff keine Opfer gefordert. Ob die Ägypter das Feuer erwiderten, geht aus dem in Kairo veröffentlichten Militärcommuniqué nicht hervor.

Politischer Mord

Gaza, 18. März. ag. (AFP) Ein Ehepaar, das sich im Flüchtlingslager «Dir el Salach» im Gazastreifen aufhielt, wurde in der Nacht vom Montag auf den Dienstag durch Schüsse, die von maskierten Männern abgegeben worden waren, getötet. Die israelische Polizei, die diesen Mordfall untersucht, glaubt, daß es sich um «politischen Mord» handelt.

Aus gleicher Quelle verlautete, daß das Mädchen, das am Samstag eine Granate gegen ein israelisches Militärfahrzeug geworfen hat und darauf festgenommen worden war, zugegeben hat, einer geheimen arabischen Widerstandsgruppe angehört zu haben.

Flucht der Juden aus Polen

Auswanderungswelle über Wien nach Israel

Wien, 18. März. (UPI/R) Verhörte und verschleierte Menschen in schübligen Wintermühen steigen Tag für Tag auf dem Wiener Ostbahnhof aus dem von Warschau kommenden «Chopin-Express». Sie tragen ihr ganzes Hab und Gut mit sich, oder besser gesagt, das, was sie aus Polen mitnehmen dürfen. Ein leichtes, unsicheres Lächeln gleitet vielen über die Züge, wenn sie von Vertretern jüdischer Auswanderungsorganisationen begrüßt werden. Nach kurzem Zwischenaufenthalt in Wien fliegen sie in ihre neue und uralte Heimat — nach Israel.

Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten etwa drei Millionen Juden in Polen. Nach sechs Jahren deutscher Besetzung hatten die Gaskammern die Zahl auf 150 000 dezimiert, seither gab es mehrere Auswanderungswellen. Nach den letzten Schätzungen sollen sich nur noch 15 000 Juden in Polen befinden, und von diesen haben 8000 auf Grund der antisemitischen Einstellung der Regierungen und Parteien die Auswanderungspapiere beantragt.

Wiesenthal, selbst ein gebürtiger Pole, beschuldigte führende Polizeibeamte, Angestellte des Innenministeriums und Journalisten, Drahtzieher der gegenwärtigen «antisemitischen Welle» zu sein. Er verwies darauf, daß der Exodus der Juden im polnischen Staat gefördert werde, doch dürften viele Auswanderer nur das Nötigste mitnehmen und müßten oft sogar per-

sönliche Dokumente, die über ihren Beruf Aufschluß geben, zurücklassen.

Die gegenwärtige Auswanderungswelle bedeutet praktisch das Ende des fast tausendjährigen Geschichts des polnischen Judentums. Von polnischer Seite wird behauptet, daß die Auswanderer leidenschaftliche Zionisten seien, die unbedingt in Israel leben wollten. Jüdische Kreise in Wien halten aber diese Darstellung für absurd. Sie verwiesen darauf, daß es in den letzten 20 Jahren bereits einige Auswanderungswellen gab, so zuletzt 1957. Echte Zionisten hätten also schon längst die Chance gehabt, Polen zu verlassen. Bei den jetzigen Auswanderern handle es sich vielmehr um Menschen, die entschlossen waren, in Polen zu bleiben. Sie seien jedoch jetzt unter dem Druck der Verhältnisse zum Exodus gezwungen worden, da sie ihre Posten und Existenz verloren hätten.

An einer Pressekonferenz legte Wiesenthal eine Liste von 48 Journalisten und Regierungsbeamten vor, von denen eine Anzahl nach seiner Aussage Kollaborateure der Nationalsozialisten und Mitglieder faschistischer Organisationen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg waren.

Er erklärte, der arabisch-israelische Sechstageskrieg sei der Anfang vom Ende für das polnische Judentum gewesen. Der damals entfachte, als «antisemitische



Protestaktion in einer Zürcher Mittelschule

400 Zürcher Gymnasialisten, die von den «progressiven Mittelschülern» zu einer Versammlung geladen waren, haben gegen die Wegweisung von Peter Niggli (in der Mitte des Bildes) aus dem Stadtzürcher Gymnasium Freudenberg scharf protestiert: Niggli hatte in einer Wandzeitung, die von einer dreiköpfigen Schillerkommission zensuriert worden war, zum Schülerstreik zwecks Durchsetzung schulischer oder politischer Forderungen «theoretisch» aufgerufen. Der Lehrerschaft behagte Nigglis Artikel nicht, und der Schüler, der in einem halben Jahr die Maturitätsprüfung bestehen sollte, wurde weggewiesen. Die Schülerversammlung hat das Vorgehen der Lehrerschaft als «exemplarische Maßnahme gegen eine Form politischer Betätigung von Mittelschülern an ihren Schulen» bezeichnet, die nicht geduldet werden könne. Es wurde unter anderem die Rückgängigmachung der Maßnahme gegen Peter Niggli verlangt. Foto Keystone

Erländer hat genug «Kronprinzen»

Wird der frühere Sekretär des Premiers dessen Nachfolger?

Wenn der nächste Kongreß der schwedischen Sozialdemokraten am 28. September den Nachfolger des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Tage Erlanders zu wählen hat, fehlt es nicht an geeigneten Kronprinzen. Zu den Anwärtern zählen Ausbildungsminister Olof Palme, Finanzminister Gunnar Sträng, Wirtschaftsminister Krister Wickmann und Innenminister Eric Holmqvist. Da Erländer in seiner fast 23jährigen Amtszeit als Ministerpräsident zu einer landesväterlichen Gestalt wurde, ist es verständlich, daß die Frage seines Nachfolgers schon jetzt eingehend debattiert wird.

Obwohl noch völlig offen ist, wer das Rennen machen wird, werden dem 42-jährigen Olof Palme die größten Erfolgsaussichten eingeräumt. Dieses «politische Wunderkind», das mit nur 30 Jahren in die Erste Kammer des Reichstages gewählt und deren jüngstes Mitglied wurde, war im Alter von 36 Jahren der Benjamin des Kabinetts. Palme, der aus einem bürgerlichen Stockholmer Milieu stammt und kein «geborener» Sozialdemokrat war, sondern sich als Student der Rechte dieser Partei anschloß, ist ein politisches Naturaltalent. Seine Mitarbeit für die Sozialdemokratie wie für die Regierung ein Aktivismus von hohen Graden. Ministerpräsident Tage Erlander wurde frühzeitig auf ihn aufmerksam und ernannte ihn zu seinem persönlichen Sekretär. Trotz des Altersunterschiedes entwickelte sich aus dem Mitarbeiter ein Freundschafts- und Vertrauensverhältnis. Der angeblich zu große Einfluß Palmes auf den Parteivorsitzenden löste bei älteren Mitarbeitern hier und da Murren aus, doch mußten auch die Gegner Palmes dessen Fähigkeiten anerkennen. Aus jener Zeit stammt die Anekdote, daß Telefonanrufer, die Palme in der Staatskanzlei zu sprechen wünschten, die Antwort erhielten, er sei leider besetzt, ob sie vielleicht mit Ministerpräsident Erlander sprechen wollten. . . .

«Wir tippen auf Palme als Nachfolger Erlanders» hieß es im Wahlkampf des Jahres 1968 in einer Anzeigenkam-

pagne der Konservativen, die damit den Lesern suggerieren wollten, ein radikaler Linker trete an die Stelle des gemäßigten, vertrauenswürdigen Ministerpräsidenten — und nicht ein älterer Fachminister gleichen Schlages. Palmes Gegner werfen ihm außerdem vor, arrogant, ironisch und besserwisserisch aufzutreten. Seine Anhänger halten ihn für einen blendend begabten Redner, dessen respektloses Auftreten mit einem beherrschenden Glauben an die Richtigkeit der eigenen Argumente gepaart sei und dessen Gesichtszüge falsch ausgelegt würden.

Olof Palme ist im eigenen Lager nicht gerade populär — wenngleich besonders die jüngere Generation ihn als «unseren Mann in Stockholm» betrachtet —, liegt aber seit Jahren unter den Anwärtern auf das Amt des Ministerpräsidenten klar an der Spitze. Im Laufe der Jahre hat der politische Feuerkopf an Verantwortungsbewußtsein gewonnen, doch kann er nach wie vor die Öffentlichkeit schockieren, wie etwa bei seinem Marsch mit dem Vertreter Nordvietnams durch Stockholm, als die Jugendverbände gegen den Vietnamkrieg protestierten.

Die parteiinterne Debatte der schwedischen Sozialdemokraten dreht sich kaum noch um die Frage, ob der Generationswechsel notwendig sei oder nicht, sondern vielmehr darum, wie der Verlust der Geborgenheit, die Erländer austrahlte, reduziert werden kann. Als «naheliegende Möglichkeit» wird empfohlen, bewährte Minister wie Außenminister Torsten Nilsson, Finanzminister Gunnar Sträng und Wirtschaftsminister Wickmann in ihren Ämtern zu lassen. Diese erprobten Kräfte sollen gewissermaßen als Bürgen dafür gelten, daß die Amtsübernahme durch Palme keinen Bruch der Kontinuität bedeutet. Die optisch-politische Wirkung des von manchen als rotes Tuch empfundenen Palme soll dadurch abgeschwächt und der Verlust der «Vatergestalt» Erlanders gemildert werden.

Auf dem Weg zum Gipfel schwedischer Macht errang Palme einen Sieg in einem Gefecht mit einem über-

raschenden Gegner, nämlich norwegischen Offizieren. Ihre Monatszeitschrift beschuldigte Palme, Schweden in das Lager des Kommunismus führen zu wollen, was für die norwegische Sicherheitspolitik gefährlich sei. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen waren die meisten norwegischen Zeitungen über die politische Lagebeurteilung im «Officersblad» entsetzt. Verteidigungsminister Otto Grieg Tidemand

Heute Sonderbeilagen

**Foto, Kino, Projektion
Autosalon Genf (II)**

versicherte in Oslo, es bestehe kein Anlaß, die schwedische Politik der Bündnislosigkeit in Zweifel zu ziehen. Die konservative Osloer Zeitung «Morgenbladet» kam jedoch den Offizieren zu Hilfe und meinte, die nordische Zusammenarbeit werde so lange nicht vertieft, als Palme eine politische Schlichtstellung einnehme. Sein Verhalten habe bei verschiedenen Anlässen in Norwegen Erbitterung ausgelöst. Demgegenüber bescheinigte der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Trygve Bratteli, den norwegischen Offizieren einen «aufsehenerregenden Mangel an politischem Urteilsvermögen». Auch der konservative Fraktionsführer im Storting, Sverre Stray, hielt ein Einschwenken Schwedens in kommunistisches Kielwasser für völlig undenkbar. Ein Sprecher des norwegischen Außenministeriums nannte den Artikel im Sprachrohr der Offiziere schlicht «völlig wahnsinnig».

Selbst die schwedische Opposition hält mehr von Palme als die Offiziere des benachbarten Norwegen. Diese haben ihren schwedischen Gesinnungsfreunden einen Bürendienst erwiesen. Sie zielten auf das rote in Palme, um ihn anzuschwärzen, doch ging der Schuß nach hinten los.

Georg Ring

Neuer Ruf nach europäischer «Sicherheitskonferenz»

Die Ostblockstaaten wiederholen eine schon vor drei Jahren von den Sowjets erhobene Forderung

Budapest, 18. März. ag. (DPA) Die Forderung nach einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz war der Kernpunkt eines Appells zum Abschluß der eintägigen Beratungen der Warschauer Staaten in Budapest.

In dem Appell erneuerten die Sowjetunion, Bulgarien, Polen, Ungarn, die DDR, Rumänien und die Tschechoslowakei ihre (vor drei Jahren erstmals erhobene) Aufforderung an alle Länder

Kampagne getarnte antisemitische Feldzüge habe den Auszug der Hälfte der jüdischen Bevölkerung verursacht. Von den damals verbliebenen 15 000 Juden sind seither viele weitere ausgewandert, da eine Wiederholung der Prozesse der Stalinära aus der Zeit der fünfziger Jahre befürchtet wird.

Europas, sich zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzufinden, um die militärische Blockbildung auf dem Kontinent zu überwinden.

Die Ostblockländer vertreten die Ansicht, daß es durch gemeinsame Anstrengungen möglich sein werde, unabhängig von den verschiedenen gesellschaftlichen Formen in den einzelnen europäischen Ländern ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu schaffen. Seit dem Zweiten Weltkrieg seien die europäischen Staaten nie mehr zu einer Konferenz zusammengetroffen, «obwohl es etliche Probleme gibt, die auf den Konferenzentscheidungen beruhen». Viele Regierungen, Parlamente, Parteien und Persönlichkeiten fühlten die Verantwortung, daß es in Europa nie wieder einen

Krieg geben dürfe. Es gebe keinen Grund, eine gesamteuropäische Konferenz hinauszuschieben.

In dem unabhängig von dem Appell veröffentlichten Konferenzcommuniqué wird unterstrichen, daß der Warschauer Appell ein defensives Bündnis sei und daß nicht näher bezeichnete Maßnahmen beschlossen worden seien, um die Verteidigung zu verstärken. (Daß der Warschauer Appell nicht defensiv, sondern ausgesprochen offensiv Charakter ist, hat die CSSR-Invasion mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen! Red.)

Die Mitglieder des Paktes forderten erneut die Anerkennung von zwei deutschen Staaten. Voraussetzung der europäischen Sicherheit sei die Unverletzbarkeit der gegenwärtigen Grenzen in Europa. Das gelte auch für die Oder-